

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Aammelshain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erfolgt wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 40.— mit Austragen, Post
einchl. der Postgebühren 1/2, jährlich Mk. 120.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg,
Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6gepaltene Korpuszelle 4.— Mk., auswärts 5.— Mk. Am-
tlicher Teil Mk. 8.—, Reklametzelle Mk. 10.—, Beilagezelle Mk. 100.—, An-
nahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Bemittlungen nehmen Aufträge entgegen. —
Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Gerne: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güntz & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 103

Sonntag, den 3. September 1922

33. Jahrgang

Neuer Anzeigen-Tarif.

Ab 1. September gelten folgende Preise:

1spaltiger Raum, Korpuszelle 4 Mk.
Mindestzeit 20 "
Amliche Doppelzelle 8 "
Reklamezelle 10 "
Beilage Gesamtaufgabe 100 "

Nachrichten für Naunhof.

Amliches.

Die **Reichseinkommensteuer** auf die 3. Rate 1922, fällt am 15. August d. J., ist bis längstens den 5. September d. J. an die hiesige Stadtsteuereinnahme abzuführen.

Naunhof, am 15. August 1922. Der Bürgermeister.

Eingegangen sind **Sächsisches Gesetzblatt** 18. bis 27. Stück vom Jahre 1922, **Reichsgesetzblatt** Teil I Nr. 42 bis 57 vom Jahre 1922, Teil II Nr. 14 bis 18 vom Jahre 1922.

Sie liegen 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im Rathaus, hier, Kanzlei, Zimmer 8 aus. Auf die im Rathausdurchgang aushängenden Bekanntmachungen wird besonders hingewiesen.

Naunhof, am 1. September 1922. Der Bürgermeister.

In der Zeit vom 4. bis 8. September und zwar an einem Tag in den Abendstunden wird eine **Uarmübung der Freiwilligen Feuerwehrr** stattfinden.

Naunhof, am 1. September 1922. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Reparationskommission hat das deutsche Moratoriumsgesuch abgelehnt und einstimmig den belgischen Kompromissantrag angenommen, wonach die nächsten deutschen Zahlungen bis Ende des Jahres 1922 durch Schatzscheine gedeckt werden sollen.

Die Reichsregierung hat eine Reihe Einfuhrbeschränkungen für Luxuswaren beschlossen und u. a. die Einfuhrfreiheit für Rohabak aufgehoben.

Um der Knappheit an Zahlungsmitteln abzuhelfen, will die Regierung Banknoten zu 50 000 und zu 100 000 Mark, zunächst in kleineren Mengen herausgeben.

Die Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten haben in dringender Form sofortige Verhandlungen mit der Regierung zur Befämpfung der Wirtschaftskrise gefordert.

In Eberwalde bei Berlin wurden von der Menge mehrere Geschäfte geplündert, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Die türkische Offensive an der Kleinasienfront erzielte weitere bedeutende Fortschritte.

Die Entscheidung.

Ist es nun eine für Deutschland günstige oder eine ungünstige Entscheidung, zu der die Reparationskommission in Paris endlich, nach wochenlangem Gange und Bange, gekommen ist? Wenn man nur auf die äußeren Vorgänge achtet, möchte man sagen, daß Deutschland mit seinen notwendigen und nur allzu berechtigten Forderungen wieder einmal unterlegen ist, denn sein Antrag auf Gewährung eines Moratoriums wurde mit zwei zu zwei Stimmen abgelehnt, und das gleiche Schicksal erfuhr mit 3:1 der Antrag des britischen Vertreters Bradbur auf Gewährung eines Moratoriums unter der Bedingung, daß eine strenge Finanzkontrolle über Deutschland eingeführt werde. Einstimmig wurde schließlich der belgische Vorschlag zum Beschluß erhoben, wonach die nächsten Zahlungen Deutschlands bis Ende dieses Jahres durch Schatzscheine gedeckt werden sollen.

Zwischen diesen einzelnen Abstimmungen scheint es ja doch nach allem, was bisher darüber bekannt geworden ist, in dem Sitzungszimmer des Reparationsausschusses sehr bewegte Szenen gegeben zu haben. Die Verhandlungen drohten mehrfach zu scheitern, und als Bradbur mit sofortiger Abreise nach London drohte, eilte Herr Dubois zu Poincaré, um diesem allerbesten der Entente-Götter die Gefahren des Augenblicks zu schildern. Mit dem Ergebnis, daß Frankreich letzten Endes nun doch einen Schritt zurückwich — und daß damit die unmittelbare Gefahr eines neuen gewaltsamen Vorgehens gegen Deutschland vermieden wurde. Und damit auch die unmittelbare Gefahr eines Zusammenbruchs der Entente, zu dem es also der französische Ministerpräsident nicht hat kommen lassen wollen. Insofern darf man von einer willkommenen Klärung der Lage sprechen. Herr Poincaré war nicht bereit, das Außerste zu wagen, und wenn er es bis zur entscheidenden Sitzung hundert- und tausendmal durch seine Agenten ankündigen ließ, so sollte damit eben wieder nur ein Druck auf uns wie auf seine Neben-Ententegenossen ausgeübt werden. Vor dem entscheidenden Auftreten des britischen Vertreters ist er zurückgewichen — wenn auch nur bis zu einer Linie, die ihm jederzeit wieder erlauben kann, den jetzt geübten Verzicht rückgängig zu machen. Denn was man Deutschland gewährt hat, ist lediglich ein zeitlicher Nachlaß, eine Stundung von Forderungen, die jetzt ohnehin unter gar keinen Umständen beizu-

treiben wären. Die deutsche Regierung soll statt dessen Schatzscheine in Höhe der während der nächsten Monate fällig werdenden Beträge, insgesamt 270 Millionen, ausstellen und sie der belgischen Regierung übergeben, da diese es ist, die auf die nächsten Zahlungen des deutschen Schuldners Anspruch zu machen hat. In welcher Weise aber Belgien sich für den Ausfall dieser Zahlungen sichern will, das bleibt zu weiteren Verhandlungen zwischen ihr und der deutschen Regierung vorbehalten. Der Reparationsausschuß seinerseits hat nur für den Fall, daß diese Verhandlungen zu keiner Einigung führen sollten, die Hinterlegung von Gold bei einer ausländischen Bank vorgesehen, im übrigen aber den Beschluß über das Stundungsgesuch Deutschlands hinausgeschoben, bis er den Plan einer radikalen Reform der öffentlichen Finanzen Deutschlands fertiggestellt haben werde.

Als Ziel dieses Planes wird das Gleichgewicht unseres Budgets, die Herabsetzung unserer auswärtigen Schulden zur Wiederherstellung des deutschen Kredit — dies jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die beteiligten Regierungen vorher ihre Zustimmung dazu gegeben haben! — Währungsreform und Aufnahme äußerer wie innerer Anleihen bezichnet. Und als Ausgangspunkt ihrer ganzen Entscheidung wird die Tatsache festgesetzt, daß Deutschland jeden Kredit nach innen und außen verloren hat und daß die Mark auf drei Tausendstel ihres Wertes gefallen ist. Aus einer solchen Erkenntnis hätte jeder andere, nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten urteilende Gläubiger unbedenklich in das erbetene Moratorium willigen müssen. Der Reparationsausschuß hat sich, in seiner Wehrheit von politischen Erwägungen geleitet, nur mit äußerstem Widerstreben zu den allermildesten Zugeständnissen bewegen lassen und so gerade nur für den Augenblick eine Atempause zustande, unbedenklich darum, wie sich die Lage nach wenigen Wochen oder Monaten gestaltet haben wird. Man darf nicht eines übertriebenen Optimismus geziehen werden, wenn man beifügt, daß die fortwährende Ungewißheit über unsere Zukunft die wirtschaftliche Lage des Reiches auch weiterhin noch ungünstig beeinflussen muß, so daß die Entente, wenn die in Gold einzuliefernden Schatzscheine nach sechs Monaten fällig werden, uns vielleicht noch weniger imstande finden wird, sie einzulösen als jetzt.

Die augenblickliche Entscheidung, die uns zuteil wird, scheint freilich fürs erste einen Rückgang der Devisenkurse herbeizuführen zu wollen. Ob er aber andauern wird, ist eine offene Frage. Es liegen zu viel ungünstige Faktoren vor, als daß man schon von der jetzigen Entscheidung der Reparationskommission eine wirkliche und dauernde Beruhigung der allgemeinen Lage erwarten könnte.

Die Auffassung bei uns und drüben.

In Berliner politischen Kreisen sieht man der Entscheidung der Reparationskommission der Sachlage entsprechend ziemlich zurückhaltend gegenüber. Es ist natürlich zu begrüßen, daß neue gewaltsame Eskalationen für den Augenblick vermieden sind, aber alles weitere hängt davon ab, ob Belgien die den bevorstehenden Sonderverhandlungen über die Sicherheiten für die verlangten Schatzscheine vernünftige und errätliche Bedingungen bewilligt. Direktor Urbig von der Diskonto-Gesellschaft äußerte, die Idee, die von französischer Seite zuerst ausgetaucht, daß die D-Banken eine Garantie für die Summen in Schatzscheinen ausbringen sollten, sei überholt. Wenn das Reich nicht in der Lage sei, die Gesamtsumme auszubringen, wie sollten dann die Großbanken diese Summen garantieren? Daher glaubt Direktor Urbig nicht, daß man jetzt noch einmal mit dieser Forderung auftreten würde.

Der Konflikt und die Parteiführer

Sind in Beratungen über die neue Situation eingetreten, auch der Überwachungsanspruch des Reiches ist zusammengefallen, um die politische Lage zu besprechen. Man wird jedoch erst nach der Rückkehr des Staatssekretärs Schröder aus Paris zu Beschlüssen kommen können. Als besonders wichtig sieht man in politischen Kreisen ferner die Feststellung der Reparationskommission an, welche die Herabsetzung der auswärtigen Schuldenlasten Deutschlands für notwendig erachtet. Hierin ist die Ankündigung einer neuen Konferenz zu erlösen mit dem Ziele der Herabsetzung der deutschen Schuldenlasten; also ein bedeutsamer Fortschritt.

Kranzösishe Stimmen.

Zu der Einzelheit Poincarés, der Entscheidung der Kommission zuzustimmen, hat vermutlich die in den letzten Tagen einleitende Entwertung des französischen Franc beigetragen; er ging von 45 auf 40 herunter. Das bedeutet für die französische Wirtschaft ein sehr ernstes Sturmzeichen. Der belgische Franc hat die Verbundenheit mit dem Falle der Mark noch härter gezeigt. Die Entscheidung der Kommission wird in französischen politischen Kreisen im allgemeinen günstig beurteilt. Die Auffassung geht dahin, daß sie in den wesentlichsten Punkten den von Poincaré stänbig vertretenen Forderungen entspreche.

Die Meinung Bradbur.

In einer Unterredung mit dem Pariser Berichterstatter der Times erklärte Bradbur, obwohl er im Interesse des deutschen Kredit einen unbedingten Anschluß vorgeschlagen hätte, so sei doch, wenn die notwendigen Vereinbarungen erzielt werden könnten, die für dieses Jahr notwendige Erleichterung gewährt. Es würde bedauerlich sein, wenn es notwendig wäre, Gold in auswärtigen Banken, in Kopenhagen oder Bern, zu deponieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde dies vermieden werden. Er hoffe, daß die Abmachungen mit Belgien keine große Beanspruchung der deutschen Goldreserve bedeuten würden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Immer noch deutsche Kriegsgefangene!

Unter Beteiligung von Vertretern des Reichsfinanzministeriums, Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, und der Deutschen Botschaft in Paris fand dieser Tage im auswärtigen Amt mit der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, dem Volksbunde zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und der Vereinigung von Familien deutscher Kriegs- und Zivilgefangener eine Besprechung statt, in der die Frage der noch in Frankreich zurückgehaltenen und der im Gebiete des russischen Reiches versprengten deutschen Kriegsgefangenen und die Maßnahmen für ihre baldige Heimkehr erörtert wurden.

Die Sicherung des Eisenbahnverkehrs.

Auf eine Anfrage aus dem Reichstage über die Erteilung von Unterricht an die Technische Hochschule im Eisenbahnbereich hat der Reichsverkehrsminister geantwortet, daß die Erfahrungen des Februarstreiks gezeigt hätten, daß es unerlässlich sei, dem Verkehr einer Stilllegung des Eisenbahnbetriebes durch vorbeugende Maßnahmen entgegenzuwirken. Er halte es für seine Pflicht, Vorbereitungen in diesem Sinne zu treffen, um die großen wirtschaftlichen Schäden nach Möglichkeit zu vermeiden, welche mit einem gänzlichen Stillstand des Zugverkehrs für unsere gesamte Bevölkerung besonders unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen verbunden sein würden.

Bayerns Kampf gegen die Schutzgesetze

Ist trotz der letzten Vereinbarungen in Berlin nur abgebrochen, nicht aber beendet. Das bestätigt jetzt der bayerische Minister des Innern Dr. Schwegler in einem offenen Briefe, in welchem er sagt, der Abbruch des Kampfes durch die Aufhebung der bayerischen Rotverordnungen bedeute auch nicht die Anerkennung der Schutzgesetze. Sie würden von der bayerischen Regierung nach wie vor abgelehnt und bekämpft. Auch könne die Wiederereinführung der bayerischen Rotverordnungen jederzeit erfolgen, wenn die Voraussetzungen wegfallen sollten, unter denen sie aufgehoben wurde. Im übrigen wendet sich der Minister mit Entschiedenheit gegen die Verheerung des Volkes. Zu der Versammlung auf dem Königsplatz seien von auswärts mit Geld Teilnehmer geworden worden. Die bayerische Regierung werde seiner Gewalt nachgeben, von welcher Seite sie auch kommen möge.

Rußland.

× Trotski will eingreifen. Bei einer Unterredung mit Korrespondenten amerikanischer Zeitungen erklärte Trotski auf die Frage nach der Möglichkeit neuer militärischer Interventionen: „Die Reparationsfrage bleibt auch für Rußland voll und ganz bestehen. Es ist zum Beispiel ganz augenscheinlich, daß ein neuer Schlag des Westens gegen Deutschland für das in Osteuropa halbwegs hergestellte Gleichgewicht kritisch ausfallen könnte. Die in tiefen Ausführungen angedeutete militärische „Intervention“ Sowjetrußlands würde sich nach der Lage der Dinge praktisch wohl zunächst gegen Polen richten.“

Aus In- und Ausland.

Berlin. Gegenüber den falschen Meldungen ausländischer Zeitungen über militärische Geheimklauseln zum Rapallovertrag ist erneut zu erklären, daß alle diese Meldungen auf böswilliger tendenziöser Erfindung beruhen.

Wiesbaden. Nachdem erst vor kurzem Regierungspräsident Romm von der Rheinlandkommission seines Amtes entbunden und der Landrat Schwedel durch die französische Polizei verhaftet worden war, ist nunmehr auch der Regierungsassessor Dr. Franke in Wiesbaden, der das Besatzungsdezernat führte, von der französischen Militärpolizei verhaftet worden.

Halle. Der Ernährungsausschuß des Deutschen Städtebundes ist hier zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten.

Prag. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Beneš hat in Marienbad mit dem Ministerpräsidenten Basisch den tschechoslowakisch-jugoslawischen Allianzvertrag unterzeichnet.

Le Havre. Alle Arbeiterverbände mit Ausnahme der Metall-, Textil- und Eisenarbeiter haben die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Auch in anderen Städten Nordfrankreichs wurde der große Streik beigelegt.

Einfuhrbeschränkungen.

Berlin, 1. September.

Um einem weiteren Sturz der Mark zu begegnen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, verstärkte Maßnahmen zur Unterbindung der Einfuhr aller irgend erheblichen Waren zu treffen. Zu diesem Zweck hat der Reichswirtschaftsminister die bisherige Einfuhrfreiheit für Rohabak durch Bekanntmachung vom 30. August d. J. mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ebenso wird der Reichsernährungsminister auf seinem Gebiet Beschränkungen der Einfuhrfreiheit vornehmen. Gleichzeitig werden die Außenhandels- und anderen Bewilligungsstellen angewiesen, für diese Waren und eine Reihe anderer erheblicher bereits unter Einfuhrverbot stehender Waren bis auf weiteres Einfuhrbewilligungen nicht mehr zu

brgeleichen Braßfeld, in kurzer Zeit in in Gefahr aufgestellt ist, daß infolge der in eifässlichen Kunst- werden soll, an einer Hansi steht. maragd. In den Uralt ist in einem unternehmer ver- Smaragd im Ge- den worden. Die rg hat dafür dem

i Aulischen! In rkt eine Aulischebn ralpreise eingeführt, f der Bahn vier Kar- deren einen tiefgen gelteu ihre vier Kar-

anklell. ufß des freiwil. Air- e Seele. Vorm. 11: llichen Schmuck.

igum elen u. Warzen Rikol Progerien erhältlich! (inkl. F. u. Bad)

Donnerstag ungsstunde. elbirnen d 4.— Mk. orkaufen 2. raffe 2.

es Angebot und Kindermoden, Kleibern, Rücken, Mänteln, Wästern Mark. Leipzig, Nr. 2 Nähe Rohrbach.

ür fleißige rauen! e Lehrbuch der 3. 1000 10. 105.— der Hauswirtsch. Detrad für 1. 110.— der Puppenstel- 110. 60.— den u. Göttern von 60.—

gebrauchter rjahrant fen gesucht. „A.“ an die dieses Blattes.

mmet an Schütte, bei Kriegsmann. auen

idigungen um- l. Brief. Ad- lo erw. g, Berlin SO 329 rstraße 25. eutung

SLUB Wir führen Wissen.